

## Editorial

Liebe lesende Menschen!

Wieder einmal beginnt ein neues Semester und wieder einmal haltet ihr die neue Ausgabe der rot!ation in der Hand. Oder aber ihr seid neu an der Uni Göttingen und lest zum ersten Mal etwas von uns. Für diesen Fall möchten wir uns kurz vorstellen:

Als Juso-HSG machen wir Politik mit dem Ziel einer solidarischen, demokratischen und offenen Hochschule.

Wir möchten das Studium studierbar gestalten, Bildungshürden abbauen und die Möglichkeiten zur freien Entfaltung fördern. Hierfür setzen wir uns in verschiedenen Gremien wie den Fachschaftsräten, im Senat, mehreren Fakultätsräten und verschiedenen Kommissionen ein. Mit unserer rot!ation begleiten wir das hochschulpolitische Geschehen, kommentieren aktuelle Entwicklungen und machen selbst Aktionen. Dabei versuchen wir, immer über den Tellerrand der Universität hinaus zu schauen und auch gesamtgesellschaftliche Themen zu behandeln. Wenn ihr also Lust habt, euch aktiv in das Geschehen an der Uni einzubringen, dann kommt gerne bei uns vorbei. Eine gute Gelegenheit dazu bietet sich bei unseren Einstiegsabenden, die wir immer zum Semesterbeginn veranstalten (mehr auf Seite 7).

Zu guter Letzt möchten wir euch noch einen guten Start in die Vorlesungszeit wünschen. Lasst euch nicht hetzen, studiert, was euch interessiert und vergesst vor allem nicht, auch mal Freizeit zu haben.

Eure Juso-Hochschulgruppe

## „Gefahr besteht, wenn wir das sagen!“

### Eine kritische Auseinandersetzung mit dem geplanten niedersächsischen Polizeigesetz



Foto: Digitalcourage (CC-BY-SA) auf <https://niedersachsentrojaner.de/demo/>

Kaum ist der Aufschrei um das in Bayern verabschiedete Polizeiaufgabengesetz (PAG) ansatzweise verhallt, ziehen die nächsten Bundesländer mit weiteren Polizeigesetzen nach. Neben Nordrhein-Westfalen wird auch in Niedersachsen ein neuer Gesetzesentwurf diskutiert, welcher sich an dem bayerischen orientiert. Dieser Entwurf ist als ein Schlag ins Gesicht für alle Aktivist\*innen, die sich im Interesse aller Bürger\*innen für die uns verfassungsmäßig garantierten Freiheitsrechte einsetzen, zu verstehen. Eine zunehmende Militarisierung der Sicherheitsbehörden und der Weg hin zu einem Polizeistaat sind das Resultat des Gesetzgebungsprozesses in Niedersachsen.

#### **Law and Order – Der Weg zum Polizeistaat**

Schon die Namensänderung des Gesetzes zeigt, in welche Richtung es geht.

Aus dem Niedersächsischen Gesetz über die öffentliche Sicherheit und Ordnung (Nds. SOG) wird das Niedersächsische Polizei- und Ordnungsbehördengesetz (NPOG). Unter dem Vorwand, bessere Eingriffsgrundlagen zu schaffen um die durch Terror drohende Gefahr zu bekämpfen, wird mit dem Gesetz eine besorgniserregende Ausdehnung der polizeilichen Befugnisse gerechtfertigt. Entgegen dem in Kriminalstatistiken erkennbaren Rücklauf von Straftaten wird eine übertriebene Bedrohungslage suggeriert. Schon bei einem Blick auf die Auswahl von neuen Befugnissen wird klar, wie dreist die Terrorgefahr als Vorwand verwendet wird, um die polizeiliche Überwachung und Eingriffe in den Alltag zu rechtfertigen. So werden Terrorist\*innen sich wohl kaum durch Meldeauflagen oder das Tragen einer elektronischen Fuß-

fessel davon abhalten lassen, Anschläge zu verüben. Stattdessen eignen sich solche Maßnahmen hervorragend dazu, politische Menschen in ihrem Aktivismus zu behindern, Fußballfans und Besucher\*innen von Großveranstaltungen zu kontrollieren und nach rassistischen Merkmalen von der Polizei spezifiziertere Personengruppen zu überwachen. Der Begriff der „terroristischen Tat“ wird in dem Gesetzesentwurf weit über die übliche Wortbedeutung hinaus angewendet und bildet einen Generalatbestand für ein großes Arsenal an Eingriffsmöglichkeiten.

**Dringende Gefahr – Fokus auf eine präventive Sicherheitspolitik**

Die Einführung oder Erweiterung solcher präventiven Maßnahmen zieht sich als roter Faden durch den Gesetzesentwurf. Schon am Anfang wird die dringende Gefahr als neue Voraussetzung für bestimmte Eingriffe definiert. Diese „im Hinblick auf das Ausmaß des zu erwartenden Schadens und die Wahrscheinlichkeit des Schadenseintritts erhöhte Gefahr“ (§ 2 Nr.4 NPOG) lässt einen weiten Interpretationsspielraum bei der Anwendung. Die Beurteilung, ob ein Schadenseintritt wahrscheinlich ist, wird auf Grundlage der Erfahrung aus der polizeilichen Praxis getroffen. Selbst offensichtliche Fehlentscheidungen sind im Nachhinein kaum überprüfbar: Wenn von den beteiligten Polizist\*innen angegeben wird, dass die entsprechende Gefahrensituation nach deren Einschätzung wahrscheinlich eintreten würde, ist die richterliche Kontrollinstanz faktisch machtlos. Ein Urteil über hypothetische Sachverhalte ist sinnlos. Auch öffnet diese Formulierung den Raum, strukturellen Rassismus in der Polizei zu rechtfertigen, indem bestimmte Merkmale, wie Aussehen oder vermutete Herkunft, als generell gefährlicher betrachtet werden können und somit rassistische Diskriminierung gefördert wird.

**Freiheitsgrundrechte – Staatlicher Eingriff in unser Privatleben**

Der Fokus auf Maßnahmen, die noch vor dem eigentlichen Eintreten von begangenen Straftaten steht, zeigt eine grundsätzliche Tendenz zum Ein-

**Gesetzesverschärfungen im NPOG:**

- Erweiterung des Katalogs der Straftaten mit erheblicher Bedeutung (§ 2 X NPOG)
  - Einführung der Gefährder\*innen-Ansprache (§ 12a I NPOG)
  - Aufenthaltsvorgaben und Kontaktverbot ohne Richter\*innenvorbehalt (§ 17 c NPOG)
  - Verwendung von elektronischen Fußfesseln ohne Richter\*innenvorbehalt (§ 17c I-III NPOG)
  - Ausdehnung des präventiven Sicherungsgewahrsams von maximal 10 auf 74 Tage (§§ 18 ff. NPOG).
  - Einführung der Videoüberwachung von Gefangenen (§ 20 IV S.4 NPOG)
  - Erweiterung der Möglichkeiten von polizeilicher Bild- und Tonaufzeichnung und Übertragung z.B. durch den Einsatz von polizeilichen Bodycams (§ 32 NPOG)
  - Erleichterung der zwangsmäßigen Herausgabe und Einsicht von Ton- und Bildaufnahmen aus dem öffentlichen Raum (§ 32a)
  - Polizeiliche Quellen-Telekommunikationsüberwachung (§ 33a I NPOG)
  - Polizeiliche Online-Überwachung mittels Trojaner (§ 33d I NPOG)
  - Erleichterung der Verwendung von Wanzen (§ 35a I NPOG)
  - Möglichkeiten zum Einsatz von V-Leuten und verdeckten Ermittler\*innen (§ 36 NPOG)
  - Einführung von Elektroimpulsgeräten (Tasern) als polizeiliche Waffe (§ 69 IV)
- (Aufzählung nicht abschließend)

griff in Freiheitsgrundrechte. Viele neue Eingriffsgrundlagen können schon vor einem begangenen Rechtsverstoß angewendet werden. So ist es beispielsweise möglich, bis zu 74 Tage in Gewahrsam genommen zu werden, wenn nur der Verdacht besteht, dass in Zukunft eine Straftat begangen werden könnte. Es folgen also schwerwiegende Grundrechtseingriffe aufgrund von polizeilichen Vermutungen. In diesem Kontext ist auch eine Verschiebung der Gewaltenteilung zu erkennen. Viele Maßnahmen, die vorher der Zustimmung eines Richter\*in bedurften, können mit dem neuen Gesetzesentwurf nach dem Ermessen der Polizist\*innen entschieden werden. Im Hinblick auf die meist laienhaften Rechtskenntnisse der Polizei und dem offensichtlichen Konflikt zwischen durchführender und kontrollierender Instanz sind hier ganz deutlich polizeistaatliche Ansätze erkennbar, die offen mit den wesentlichen Prinzipien des Grundgesetzes im Widerspruch stehen.

**Kommunikation – Verständlichkeit und Informationspolitik**

Neben dem Inhalt des Gesetzes ist auch die Art der Kommunikation mit der Bevölkerung kritikwürdig. Die neu aufgenommenen Formulierungen sind für juristische Laien kaum

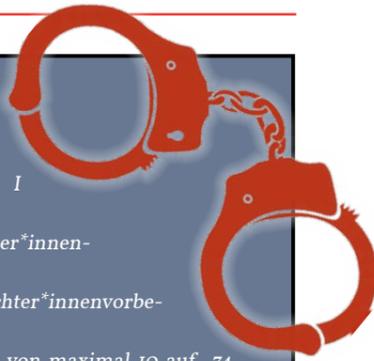
verständlich und dadurch nicht zugänglich. Bürger\*innen können ohne anwaltlichen Rat nicht nachvollziehen, was in dem Gesetz steht. Darüber hinaus können und werden auch Polizist\*innen den Gesetzestext falsch interpretieren und vermutlich schneller die Anwendbarkeit von Maßnahmen bejahen, als von den Gesetzesverfasser\*innen vorgesehen ist. Der Gesetzestext lädt förmlich zur willkürlichen Interpretation ein. Dabei spielt auch die Informationspolitik des niedersächsischen Innenministeriums eine entscheidende Rolle, so wurde und wird während des Gesetzgebungsprozesses häufig nicht mit offenen Karten gespielt.

Durch dieses Gesetz werden 200 Jahre alte Zitate wieder sehr aktuell:

„Wer wesentliche Freiheit aufgeben kann um eine geringfügige bloß jeweilige Sicherheit zu bewirken, verdient weder Freiheit, noch Sicherheit.“

(Benjamin Franklin, 1818)

Weiter Informationen findest Du auf der Seite des #noNPOG Bündnisses (niedersachsentrojaner.de). Zudem ist auf dem Blog von freiheitsfoo eine sehr übersichtliche Synopse mit allen Gesetzesänderungen im Rahmen des NPOG veröffentlicht. Also: Informiert euch und werdet aktiv! No NPOG!



**Vermisst: Studierendenschaft sucht AStA!**  
Aktuelle Studierendenvertretung bleibt weiterhin unsichtbar

Endlich Bewegung im AStA-Gebäude in der Goßlerstraße 16a! Tag für Tag sehen wir geschäftige arbeitende Menschen hinein und herausziehen. Doch leider handelt es sich dabei nicht um die Studierendenvertretung aus ADF (Arbeitsgemeinschaft Demokratischer Fachschaftsmitglieder), RCDS (Ring Christlich-Demokratischer Studenten) und LHG (Liberaler Hochschulgruppe). Diese fallen nämlich – im Gegensatz zu den momentan das Gebäude renovierenden Handwerker\*innen – mal wieder vor allem durch Untätigkeit auf.

Nachdem der neue Mitte-Rechts-AStA (Allgemeiner Studierendenausschuss) aus ADF, RCDS und LHG zu Beginn des Jahres mit ausufernden Personalkosten auf sich aufmerksam gemacht hatte, ist es nun still geworden um die gewählte Studierendenvertretung. Einzig beim misslungenen Campusfestival im Juli war so etwas wie ein Lebenszeichen zu erkennen. Dabei fiel der AStA jedoch mit geschönten Teilnehmer\*innenzahlen vor allem negativ auf. Hier sprach man großspurig von 1.500 Besucher\*innen, während in Wirklichkeit lediglich rund 150 Personen zu Spitzenzeiten anwesend waren. Auch im Nachhinein war der AStA nicht bereit, von dieser Falschbehauptung abzuweichen. Gerade in Hinblick auf die für die Studierendenschaft entstandenen Kosten für das Campusfestival (immerhin mehrere tausend Euro), ist dieses Fehlmanagement des AStA nicht nachzuvollziehen.

**Wenig Veranstaltungen und unsichtbare Projektstellen**

Zu Beginn seiner Amtszeit erklärte der AStA noch, auch weiterhin eine große Zahl von Veranstaltungen anbieten zu wollen. Nach dem ersten Halbjahr fällt die Bilanz jedoch sehr ernüchternd aus. So gab es bisher abseits des Campusfestivals lediglich fünf Vorträge. Auch von den mit großen Ankündigungen eingerichteten Projektstellen Digitalisierung, Diversität und Nachhaltigkeit ist bisher nur wenig sichtbar gewesen.



22:45 Uhr auf dem AStA-Campusfestival: Nur eine handvoll Besucher\*innen befinden sich zur besten Zeit auf dem kleinen Campus am ZHG.

So beschränkten sich die Bereiche Digitalisierung und Nachhaltigkeit auf jeweils eine Veranstaltung. In der vorlesungsfreien Zeit verzichtete der AStA sogar vollständig darauf, Veranstaltungen durchzuführen.

**Erstsemesterbetreuung? Nicht mit diesem AStA**

Die beiden letzten ASten (beide mit Beteiligung der Juso-Hochschulgruppe) hatten ein breites Angebot für die Erstsemester zum Kennenlernen der Universität und der Stadt geschaffen. So wurden Infoabende, Stadtrundgänge und Zentral- und Nordcampusführungen auf Deutsch und Englisch angeboten. Zusätzlich bot der Ersti-Infostand beim Glaskasten im ZHG die Möglichkeit zum Austausch und dem Beantworten von Fragen. All dies sieht in diesem Jahr sehr rar aus. Zwar hat der AStA auf seiner Homepage bekanntgegeben, diese Angebote wieder durchzuführen, genauere Informationen, wie zum Beispiel die Daten, wo all dies stattfinden soll, sind dazu jedoch nicht zu finden. Wir finden das inakzeptabel, da die Erstsemesterbetreuung zum Kerngeschäft jedes AStA gehört und Erstsemestern eine wichtige Orientierung vermittelt. Wer, wenn nicht die offizielle Studierendenvertretung, sollte sich hierzu verpflichtet fühlen?

**Ausbau der Förderung studentischer Initiativen? – Versprechen gebrochen**

Die Ankündigung, sich verstärkt um studentische Initiativen zu kümmern und deren Förderung auszubauen, stellte sich bisher nur als heiße Luft heraus. So hat der AStA im ersten Vierteljahr für studentische Initiativen gerade einmal Förderungen in Höhe von 17 Prozent des Vorjahreswertes aufgewendet. Gerade die LHG, die sich im Wahlkampf die bessere Förderung von studentischen Initiativen auf die Fahne geschrieben hat, hat hier auf ganzer Linie versagt.

**Was bleibt von diesem AStA?**

Insgesamt kann auf ein halbes Jahr Mitte-Rechts-AStA mit fehlender Transparenz und gescheiterten Projekten zurückgeblickt werden. Die Studierendenschaft stellt dies vor ein großes Problem: Gerade in Zeiten, in denen sich die Universität mehr um den Status als Eliteuni zu kümmern scheint, als um die eigenen Studierenden, in denen wir einen gesellschaftlichen Rechtsruck erleben und in denen bezahlbarer Wohnraum in Göttingen immer knapper wird, wäre es wichtig, eine Studierendenvertretung mit starker Stimme und klaren politischen Haltungen zu haben. Vom aktuellen AStA ist dies wohl leider nicht mehr zu erwarten.

# GGG – Göttinger-Gönnen-Guide

## Unsere Kneipen- und Ausgehtipps für Euch

Wieder steht ein neues Wintersemester vor der Tür und mit ihm allerhand Partys, Konzerte, Kaffeerunden und lange Kneipenabende mit den Freund\*innen oder neuen Leuten, die ihr kennengelernt habt. Speziell für alle Erstis, aber natürlich auch für

die höheren Semester in Göttingen, möchten wir Euch auf dieser Seite unsere Lieblingsorte in der Stadt im Bereich Gastronomie und Abendgestaltung präsentieren. Kneipen, Restaurants und Cafés betrieben von kleinen Kollektiven, Veranstaltungs-

orte ohne aufgepumpte Türsteher und Schlagermucke sowie Kinos, die auch mal unabhängige und politische Filme in ihr Programm aufnehmen. Viel Spaß beim Ausprobieren wünscht Euch die Juso-Hochschulgruppe.

### 1 Stilbrvch (Platz der Göttinger Sieben 7)

Mitten auf dem Campus – genauer gesagt: im Keller des Verfügungsgebäudes – befindet sich der studentische Veranstaltungskeller Stilbrvch. Ob Lesung oder Techno-Party, Indie-Konzert oder Poetry-Slam – im Semester findet hier fast jede Woche eine Veranstaltung statt. Betrieben wird der Veranstaltungsort vom sogenannten Kulturkollektiv, einem Zusammenschluss von Menschen, die das Stilbrvch in Stand halten und sich dafür einsetzen, dass es auch weiterhin der subkulturelle Raum bleibt, der es nun schon seit 2011 ist. Ohne stressige Security und horrenden Getränkepreise, dafür mit klaren Regeln gegen jede Art von Belästigung und Grenzüberschreitung.

### 2 ThOP - Theater im OP (Käte-Hamburger-Weg 3)

Wer sich nicht so weit vom Campus entfernen will und Lust auf studentisches Theater hat, der\*dem ist das Theater im OP wärmstens ans Herz zu legen. In einem alten OP-Saal der ehemaligen Uniklinik führt das ThOP-Ensemble fast jeden Monat ein neues Stück auf. Von Tragödien bis zu Komödien, von Shakespeare zu Agatha Christie - und das dank eures Kulturtickets für euch ohne weitere Kosten.

### 3 Deutsches Theater (Theaterplatz 11)

Das größte und renommierteste Theater in Göttingen lockt nicht nur mit unglaublich großem Angebot an Stücken (wer möchte, kann fast jeden Abend ein anderes Stück sehen), sondern auch mit klassischem Theaterflair, das insbesondere vom großen Hauptsaal mit seinem roten Samt und vergoldeten Rängen versprüht wird. Die Speisen und Getränke im integrierten Bistro sind zwar etwas teurer, dafür ist der Eintritt in die Stücke mit gültigem Kulturticket kostenfrei. Achtung: Wer sichergehen möchte, dass sie\*er einen guten Platz erhält, sollte die Reservierungshotline nutzen.

### 4 Junges Theater (Hospitalstraße 6)

Das Junge Theater, schön gelegen am Göttinger Wochenmarkt, bietet euch für nur einen Euro Eintritt sowohl klassische als auch eigene Stücke, die aber meist in ein modernes Gewand gehüllt sind. Daneben erwartet die Besucher\*innen Workshops, Gastlesungen und Publikumsgespräche sowie eine eigene kleine Gastronomie.

### Dots (Barfüßerstraße 12-13)

5

In einem versteckten Durchgang zwischen Barfüßerstraße und Roter Straße befindet sich das Dots. Lädt das Hinterhofflair des Ladens im Sommer dazu ein, Kaffee, Bier oder andere Drinks im Außenbereich zu trinken, warten im Winter zwei Etagen mit gemütlichen Sofas, Sesseln und Omas liebsten Lampenschirmen auf Euch. Im Keller des Dots finden außerdem regelmäßig Konzerte aus verschiedenen Genres statt, die ihr dank eures Kulturticketbeitrages oft sogar für wenig Geld besuchen könnt. Tipp: Gerade im Winter solltet ihr nicht zu spät aufschlagen, damit Ihr noch einen Platz bekommt.

### Dabis Kaffeestube (Rote Straße 39)

6

Freund\*innen der hohen Kaffeekultur aufgemerkt! In Dabis Kaffeestube (schräg gegenüber des Wohnheims Rote Straße) gibt es richtig guten Kaffee und Kuchen in gemütlicher Atmosphäre, dazu kostenloses Trinkwasser für jede\*n und allerhand politische Magazine und Bücher zur Lektüre während des Besuchs. Bleibt nur zu sagen: Barista, Barista – Antifascista!

### Salamanca (Gartenstraße 21)

7

Die beste Adresse in der Innenstadt für vegetarisches und veganes Essen oder einfach ein paar Biere mit euren Freund\*innen! Außerdem: Kickern und Billard spielen (Montag bis Mittwoch sogar kostenlos), gute spanische Küche (besonders lecker finden wir die *patatas fritas*) und ein mehrheitlich linkes Publikum. Ein Besuch des ‚Sali‘ lohnt sich immer – Das wissen natürlich auch andere, weshalb insbesondere die Plätze außerhalb des Raucherbereichs schnell voll sind.

### T-Keller (Geismar Landstraße 19)

8

„no cocktails – no coffee – no cops“ – So heißt es auf einem Schild vor dem Theaterkeller in der Geismar Landstraße passend. Ob Party oder Konzert, Vortrag oder Kneipenabend: Im T-Keller ist eigentlich jede Woche etwas los. Und so ist der Veranstaltungsort direkt unter dem Kino Lumière eine der festen Institutionen linker Subkultur in Göttingen.

### Café Kabale (Geismar Landstraße 19)

9

Betrieben von einem feministischen Kollektiv erwarten euch im Café Kabale (direkt neben dem T-Keller) vegane Speisen, Partys und politische Vorträge. Dienstags ist FLTI\*-Abend, das heißt, dass nur Frauen, Lesben, Trans und Inter-Menschen an diesem Abend Zutritt haben. Legendär ist das jährliche Sommerfest im Garten des Kabale sowie der Casinoabend. Doch auch außerhalb dieser Events lohnt sich ein Besuch im Kabale mit seinem schönen Innenraum und der großen Außenfläche allemal.

### Kino Lumière (Geismar Landstraße 19)

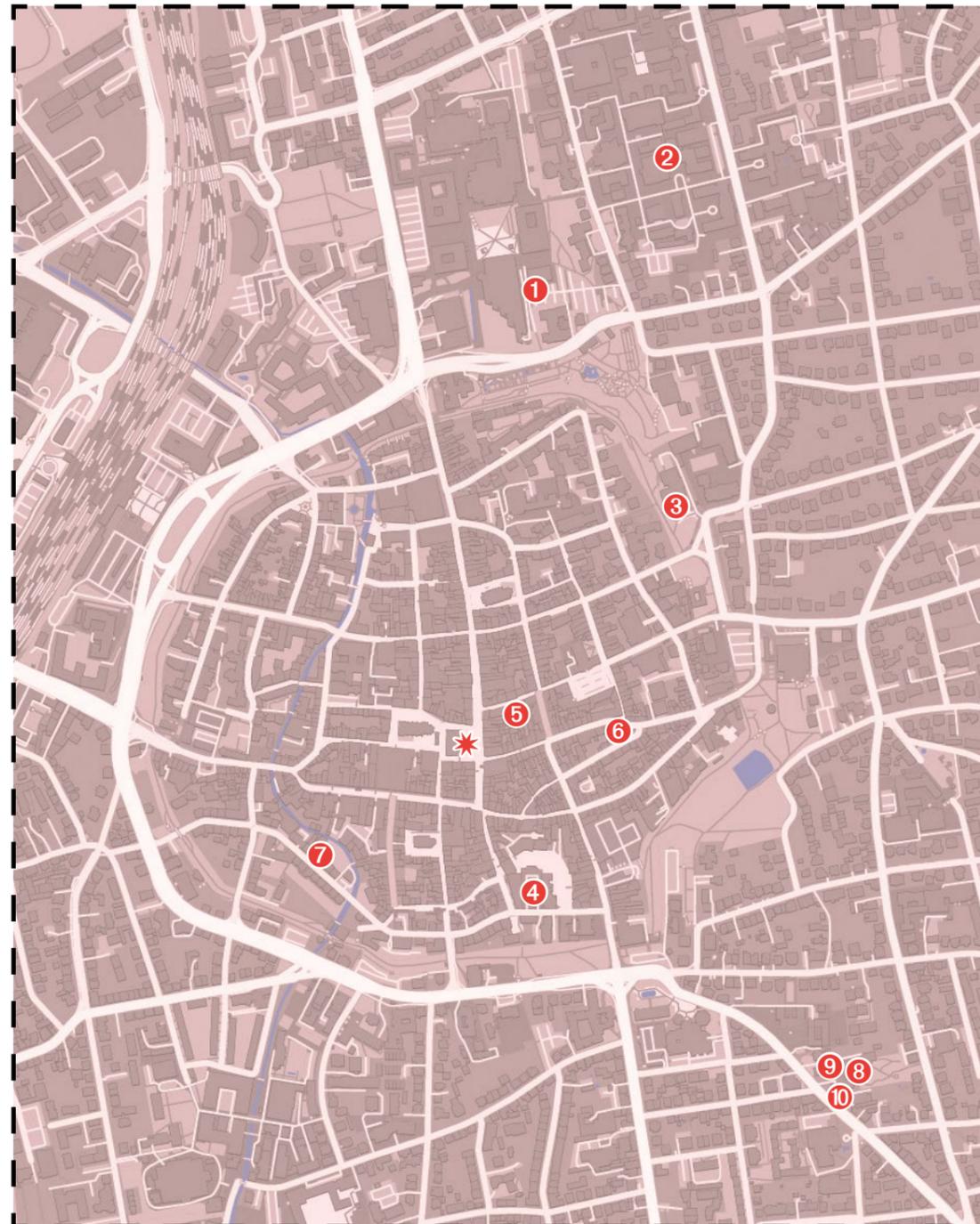
10

Komplettiert wird das Angebot in der Geismar Landstraße 19 vom Kino Lumière, indem ihr fast jeden Tag für sechs Euro aktuelle Kinofilme, aber auch Streifen aus der Abteilung ‚Independent‘ anschauen könnt. Der Besuch lohnt dabei allein schon deshalb, um wenigstens einmal die mit Lichterketten überzogene Decke des ehemaligen Theatersaals zu bestaunen und es sich in den plüschigen, ultra-gemütlichen Kinossesseln bequem zu machen. Unser Tipp: Achtet auf das Kulturticket-Logo auf Flyern und Ankündigungen des Kinos – Dann ist der Eintritt sogar frei oder von symbolischer Natur.

### Gänseliesel

\*

Keine Kneipe, aber ein guter Orientierungs- und Treffpunkt in der Innenstadt sowie Göttingens Wahrzeichen.



## Von Massen-Castings, Klappsofas und Pendler\*innenleben Wohnraumsuche in Göttingen

Wer meint, dass die größten Hürden für beginnende Studienanfänger\*innen bereits überwunden sind, sobald die Zulassung für einen Studienplatz in das Haus flattert, der\*die musste noch nie eine (bezahlbare) Wohnung in Göttingen suchen. Nach dem ersten, dem zweiten, spätestens nach dem fünften erfolglosen Massen-WG-Casting wird auch der\*dem letzte\*n Optimist\*in bewusst: Es gibt zu wenig bezahlbaren studentischen Wohnraum. Dieser Mangel



Foto: Rasande Tyskar (CC-BY-SA) auf <https://www.flickr/photos/rasande/42466244782/>

wird in Göttingen zu Beginn eines jeden Semesters besonders spürbar. Viele der Studienanfänger\*innen finden entweder keine Wohnung und schlagen sich deshalb erst einmal die Nächte zu Beginn ihres Studiums auf der Couch von Freund\*innen um die Ohren. Oder sie sind dazu genötigt, Mietpreise zu bezahlen, die fast das gesamte monatlich zur Verfügung stehende Budget in Anspruch nehmen. Oder aber sie starten mit Verträgen zur Zwischenmiete in ihr Studium, wenn überhaupt eine Wohnung in vertretbarer Entfernung zum Campus zu erhaschen ist.

Dabei ist Wohnraum Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe – die eigene Wohnung ist Rückzugs-, Erholungs- und für Studierende insbesondere auch Lernort! Sozialer und studentischer Wohnbau ist für öffentliche Träger\*innen wie Kommunen oder Studierendenwerke nur noch schwer bezahlbar, während Wohnheime privater Anbieter\*innen wie Pilze aus dem Boden schießen.

Gentrifizierung und Wohnraum-mangel sind dabei also längst nicht

mehr auf Metropolen wie Hamburg und München beschränkt, sondern auch in Göttingen an der Tagesordnung. Junge Menschen müssen sich eine eigene Wohnung leisten können, weil Freiräume zu einem guten Leben dazugehören. Deshalb wollen wir als Juso-Hochschulgruppe daran mitwirken, großflächig bezahlbaren Wohnraum zu schaffen und zu erhalten. Wir wollen nicht, dass Wohnungsbesichtigungen zu Massenevents werden und WG-Castings deine Wohnungssuche zu einer nervigen Dauerbeschäftigung machen. Es muss deutlich mehr in den sozialen Wohnungsbau investiert werden, um der steigenden Nachfrage gerecht zu werden.

Wir wollen, dass mehr Wohnungen im öffentlichen Eigentum sind und dort bezahlbar gehalten werden. Du sollst wohnen können, wo du willst! Attraktiver Wohnraum in kulturell ansprechenden und zentralen Gegenden darf nicht zu einem Luxusgut werden. Wir brauchen eine gute Durchmischung von Nachbarschaften und keine Abschottung, denn die Spaltung unserer Gesellschaft, die

in vielen Kiezen sichtbar wird, muss aufhören. Auch vor dem ersten Job muss die Miete bezahlbar sein, denn Mietkosten dürfen nicht die Hälfte deines Geldes verschlingen. Als Juso-Hochschulgruppe setzen wir uns auch dafür ein, die Erhaltung von selbstbestimmten und autonomen (Wohn-)Räumen zu unterstützen und zu fördern.

### Impressum:

Vi.S.d.P: Jakob Fitzer  
Auflage 2.500 Stück

Juso-HSG Göttingen  
Goßlerstraße 16a  
37073 Göttingen

[www.linke-kraft.de](http://www.linke-kraft.de)  
[facebook.com/ JusoHSG.goe](https://facebook.com/JusoHSG.goe)  
[instagram.com/jusohsg.goe](https://instagram.com/jusohsg.goe)  
[twitter.com/ JusoHSG\\_goe](https://twitter.com/JusoHSG_goe)

## Mach mit – Engagier dich bei der Juso-Hochschulgruppe Fragen und Antworten zur Hochschulpolitik und zur Juso-Hochschulgruppe

Gibt es etwas, was dich an deiner Uni schon länger stört und was du schon immer mal ändern wolltest? Vielleicht ist jetzt zum Start des neuen Semesters dafür der perfekte Zeitpunkt. Mach mit bei der Juso-Hochschulgruppe und bringe deine Ideen für eine bessere Universität ein. Wir haben für dich einige Fragen über uns beantwortet, die du dich vielleicht so oder so ähnlich schon einmal gefragt hast.



### Kann man in der Hochschulpolitik eigentlich wirklich Dinge beeinflussen?

Klar! Wir sitzen in zahlreichen Kommissionen und Gremien der Universität und des Studentenwerks [sic!] und reden bei den wichtigen Themen der Universität mit. Sei es bei der Vergabe von Studienqualitätsmitteln, im Vorstand des Studentenwerks oder in anderen Gremien, in denen wir die Studienbedingungen beeinflussen können.

### Ich möchte mich nicht nur für die Hochschule, sondern für die gesamte Gesellschaft engagieren, bin ich dann bei euch richtig?

Auf jeden Fall! Hochschulpolitik ist für uns auch immer Gesellschaftspolitik. Viele unserer politischen Themen enden nicht an den Grenzen des Campus, sondern betreffen die gesamte Gesellschaft. So gehören zu unseren zentralen Themen die Gleichstellung aller Geschlechter, bezahlbarer Wohnraum und der Kampf gegen Rechts. All dies sind Themen, die auch in der Gesellschaft aktuell von zentraler Bedeutung sind. Deshalb lehnen wir es ab, uns nur mit hochschulbezogenen Themen zu beschäftigen.

### Worum genau geht es bei den Hochschulwahlen im Januar?

Bei den Hochschulwahlen könnt ihr entscheiden, wer eure Interessen auf der gesamten Universitätsebene und auf der Fakultätsebene vertritt. Dafür wählt ihr das Studierendenparlament und das Fachschaftsparlament eurer Fakultät. Aus den Mehrheitsverhältnissen dieser beiden Parlamente bildet sich der AstA (Allgemeiner Studierendenausschuss) bzw. der Fachschaftsrat.

### Ihr gehört ja zur SPD. Könnt ihr dann überhaupt unabhängig Politik machen?

Die Juso-Hochschulgruppe ist formal der Studierendenverband der Jusos und der SPD. In unserem Handeln und finanziell sind wir aber unabhängig von der Partei. Deshalb kommt es bei uns auch nicht vor, dass wir uns von der SPD bei unseren Positionen oder Aktivitäten reinreden lassen. Andersherum haben wir aber die Möglichkeit, unsere

Forderungen und Vorstellungen von einer gerechten Bildungspolitik z. B. in den Landtag einzubringen. Wenn du bei uns mitmachen möchtest, brauchst du weder Juso- noch SPD-Mitglied zu sein!

### Wenn ich mich bei euch engagieren möchte, brauche ich irgendein besonderes Vorwissen?

Nein, spezielles Vorwissen ist nicht notwendig. Viele von uns haben angefangen, sich bei der Juso-Hochschulgruppe zu engagieren, ohne vorher politisch aktiv gewesen zu sein. Mit Workshops und inhaltlichen Themenabenden versuchen wir alle auf einen gleichen Kenntnisstand zu bringen.

### Verbringt die Juso-HSG auch abseits der Hochschulpolitik gemeinsam Zeit?

Aktivitäten, die uns als Gruppe stärker zusammenbringen, sind uns wichtig. Deshalb fahren wir z. B. zweimal im Jahr für ein Wochenende auf Klausurtagung, wo wir neben der inhaltlichen Arbeit auch immer genug Zeit für gemeinschaftliche Aktivitäten einplanen. Ansonsten machen wir auch regelmäßig im Semester gemeinsame Aktivitäten wie Spieleabende, Theater- oder Kinobesuche oder Grillabende im Sommer.

Wir hoffen, wir konnten dir einige Fragen zu uns beantworten. Wenn wir dein Interesse geweckt haben, komm gerne vorbei und mach dir dein eigenes Bild. Und bei weiteren Fragen, wende dich einfach an uns. Wir freuen uns auf dich!

# Flucht & Geschlecht

## Eine kritische Perspektive auf ein viel zu wenig beachtetes Phänomen



Laut Artikel 1a der Genfer Flüchtlingskonvention ist ein „Flüchtling“ eine Person, die aus der begründeten Furcht vor Verfolgung wegen ihrer Rasse [sic!], Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen ihrer politischen Überzeugung sich außerhalb des Landes befindet, dessen Staatsangehörigkeit sie besitzt, und den Schutz dieses Landes nicht in Anspruch nehmen kann oder wegen dieser Befürchtungen nicht in Anspruch nehmen will.

Beim Lesen der Definition ist leicht zu erkennen, wie eng und starr sie ist. Darüber hinaus existieren weitere bedeutende Fluchtgründe, von denen eine Gruppe hier genauer betrachtet werden soll. Genauer geht es um geschlechtsspezifische Fluchtgründe, die bereits seit 2005 zum Teil im deutschen Recht in Einzelfallprüfungen als „soziales Merkmal“ anerkannt werden.[1]

Eine „Verfolgung“ i. S. d. § 3 Abs. 1 AsylG sind Handlungen, die aufgrund ihrer Art oder Wiederholung so gravierend sind, dass sie eine schwerwiegende Verletzung der grundlegenden Menschenrechte darstellen sowie Handlungen, die in einer Kumulierung unterschiedlicher Maßnahmen, einschließlich einer Verletzung der Menschenrechte, bestehen, die so gravierend sind, dass eine Person davon in ähnlicher Weise betroffen ist. „Als geschlechtsspezifische Verfolgung gelten nach der Definition des Hochkommissariats der Vereinten Nationen für Flüchtlinge UNHCR sexuelle Gewalt, Bildungsverbot, Ehrenmord, Zwangsabtreibung, Zwangsheirat, Zwangssterilisierung und Zwangsverstümmelungen wie

die weibliche Genitalverstümmelung, sowie Diskriminierung aufgrund des Geschlechts oder der sexuellen Orientierung. Häufig findet die geschlechtsspezifische Verfolgung im Privaten statt, Staaten können oder wollen die Betroffenen nicht davor schützen.“[2] Also dann, wenn aufgrund des Geschlechts grundlegende Rechte verweigert werden. Signifikant ist folglich, wenn die „Geschlechtszugehörigkeit entweder den Grund für die Verfolgung darstellt oder aber die Art der Verfolgung bestimmt.“[3] Die Verfolgung gemäß § 3c AsylG kann neben dem Staat auch von Parteien oder Organisationen bzw. nicht-staatlichen Akteur\*innen ausgehen, sofern sie einen wesentlichen Teil des Staatsgebietes beherrschen oder der Staat nicht willens oder fähig ist, vor diesen Akteur\*innen Schutz zu bieten und daher auch keine inländischen Fluchtalternativen bestehen.

Die UNO schreibt: „Frauen, die Opfer von Gewalt wurden, leiden unter psychischen Langzeitfolgen, Depressionen bis hin zu Selbstmordgedanken und ihrer sozialen Isolation.“[4] Dabei ist bewiesen, dass gerade in Ländern, in denen Kriege herrschen, systematische Vergewaltigungen von Frauen und Mädchen beispielsweise alltäglich sind. Auch die Flucht selbst stellt in dieser Hinsicht gerade für Frauen ein großes Risiko dar. Da die geschlechtsspezifischen Verfolgungen fast immer im Privaten stattfinden, sind sie aber schwer nachzuweisen.

Aufgrund des fehlenden Bewusstseins werden genau hier immer wieder Fehler von Seiten des BAMF gemacht. Dadurch, dass diese Art der Fluchtgründe lediglich in Einzelfallprüfun-

gen durch die „sozialen Merkmale“ anerkannt werden, besitzt das BAMF einen großen Entscheidungsspielraum. Für westlich geprägte Menschen sind viele Sachverhalte unvorstellbar, weswegen oftmals von einer Schutzalternativen ausgegangen wird, die eigentlich gar nicht besteht.

### Um dies zu verdeutlichen, sollen an dieser Stelle einige Beispiele angeführt werden:

In einigen streng gläubigen muslimischen Gemeinschaften wie beispielsweise Pakistan aber auch in anderen Ländern gelten die „Scharia-Gesetze“. Mit „gelten“ ist dabei nicht gemeint, dass sie *de jure* gesetzt sind, sondern dass sie *de facto* angewendet werden und zum Teil auch vom Staat toleriert werden. Die Scharia bedeutet dabei oft eine extreme Einschränkung für Frauen. Ihnen wird ihr Leben komplett vorgeschrieben. „Sie sind vom öffentlichen Leben ausgeschlossen und werden auch innerhalb der Familien von patriarchalen Strukturen unterdrückt. Unterernährung, höhere Sterblichkeitsraten und ein höherer Anteil von Analphabet\*innen bei Mädchen als Jungen sind die Folge. Arrangierte Ehen bis hin zu Zwangsehen sind in Pakistan übliche Praxis.“[5] Sollte es zu einer „Scheidung“ kommen, welche nur vom Mann ausgehen kann, muss die Frau beispielsweise nach dem Scharia-Gesetz ihre Kinder abgeben. Häusliche Gewalt wird kaum polizeilich geahndet. Ehrenmorde und Säuremorde sind nicht unüblich, wenn auch gesetzlich fast überall verboten. Frauen werden, wenn sie die Familie „entehrt“ haben beispielsweise immer wieder

zum Suizid getrieben. Hier knüpft einer der besagten Denkfehler des BAMFs an, für sie ist es unvorstellbar, dass in solchen Fällen eben keine inländischen Fluchtalternativen bestehen. Selbst über Jahre hinweg müssten die Frauen, aber auch Männer, an denen „Blutrache“ verübt werden soll, flüchten. Immer wieder ist in Bescheiden zu lesen, dass Frauen\* ja in eine größere inländische Stadt ziehen können, um dort anonym zu leben. Meldet sich die Frau aber an, wird sie auf kurz oder lang gefunden. Meldet sie sich nicht an und bleibt tatsächlich anonym, wird sie in den meisten Ländern keinen Zugang zum Arbeitsmarkt oder Gesundheitssystem haben. Abgesehen davon, dass diese Personen mit einer stetigen Angst leben müssen, die extreme psychische Folgen haben könnte.

In vielen Ländern ist Homosexualität noch immer nicht gesetzlich erlaubt, geschweige denn von Gemeinschaften anerkannt oder akzeptiert. Die Taliban beispielsweise verfolgen, foltern und töten queere Personen. Passt ein Mensch nicht in das von ihnen geforderte typische binäre und patriarchale System, hat sie oftmals auch mit großen Schwierigkeiten in ihrer Gemeinschaft zu rechnen. Auch hier existieren keine inländischen Fluchtalternativen.

In Eritrea ist die FGM (female genital Mutilation) weit verbreitet. So sind trotz des gesetzlichen Verbotes seit 2007 im Schnitt ca. 83 % der Frauen betroffen. „Knapp 60 % haben den Eingriff bei ihrem fünften Geburtstag bereits hinter sich.“[6] Es ist eines von vielen Ländern, in denen dies gängige Praxis ist. Dabei gibt es unterschiedliche

Formen der Beschneidung. Ohne detailliert auf diese Thematik einzugehen, sei zumindest gesagt, dass es nicht bedeutet, dass eine Person, die in ihrer Kindheit beschnitten wurde, nicht erneut damit zu tun haben wird. Einmal beschnitten, heißt es nicht, dass der Prozess vorbei ist. Dies ist eines der Beispiele, bei denen sich das BAMF schwertut. „Beschnittene Frauen wären ja jetzt keiner Gefahr mehr ausgesetzt.“ Doch. Nämlich werden sie meist nach der Beschneidung zugenäht. Zur Hochzeitsnacht wieder aufgenäht. Wenn sie schwanger sind wieder zu genährt, zum Kinder gebären wieder aufgenäht, danach wieder zugenäht... Es sind riesige Qualen und nicht wenige Frauen sterben bei den Prozeduren aufgrund der Infektionsgefahr durch nicht steriles Werkzeug.

Im Irak sind es immer wieder yezidische Frauen, die aufgrund ihrer politischen Aktivität, ethnischer oder religiöser Zugehörigkeit durch IS-Terroristen verschleppt, versklavt oder vergewaltigt werden.[7]

Aber auch für Männer kann sich die Flucht geschlechtsspezifisch herleiten lassen. In vielen Ländern besteht für Männer die Gefahr der Zwangsrekrutierung. Nicht überall gibt es Gesetze, die aufgrund von Gewissensentscheidungen den Wehrdienst ablehnen lassen. Diese Menschen haben eigentlich einen Fluchtgrund nach europäischen Richtlinien. Das BAMF macht es sich aber oftmals leicht, in dem es die Gewissensgründe für unglaublich hält.

Nicht selten wird einer Frau, die eine geschlechtsspezifische Verfolgung geltend macht, statt einer Flüchtlingeigenschaft nur ein Abschiebeverbot zuerkannt. Dieses Abschiebeverbot nach § 60 Abs. 7 S. 2 AufenthG bietet sehr viel weniger Schutz für die betroffenen Personen. Beispielsweise bezogen auf die Dauer (1 Jahr mit Verlängerungsoption), Familiennachzug, Leistungen,

Zugang zu Sprachkursen und Integrationskursen oder dem Zugang zum Arbeitsmarkt. Frauen sind weitaus mehr von geschlechtsspezifischer Verfolgung betroffen als Männer. Bisher wird die Verfolgung von Frauen aber aufgrund des fehlenden politischen Aspektes immer wieder bagatellisiert. Die Bedürfnisse bei der Unterbringung und medizinischer bzw. psychischer Versorgung werden nicht ausreichend berücksichtigt. „Im Krankheitsfall haben sie nach § 4 Asylbewerberleistungsgesetz nur einen Anspruch auf eine Akutbehandlung. Eine Therapie ist sehr selten möglich. Eine solche kann, wenn überhaupt, erst nach der Zuweisung in die Kommune erfolgen. Sie scheitert oft an der Kostenübernahme durch das zuständige Sozialamt, das im Falle einer Therapiebewilligung noch zusätzlich die Dolmetscher\*innenkosten übernehmen müsste.“[8]

Natürlich fordern wir Juso-Hochschulgruppen die Stärkung von Geschlechtergerechtigkeit an allen Orten dieser Welt. Bis das jedoch nicht erreicht ist, brauchen wir eine Umstrukturierung unseres Asylsystems. Geschlechtsspezifische Gründe müssen schneller und einfacher für die betroffenen Personen durchsetzbar und kategorisch durch Bundesämter und Verwaltungsgerichte erkannt werden. „Es muss endlich anerkannt werden, dass Gewalt gegen Frauen keine private Angelegenheit ist.“[9]

### Fußnoten:

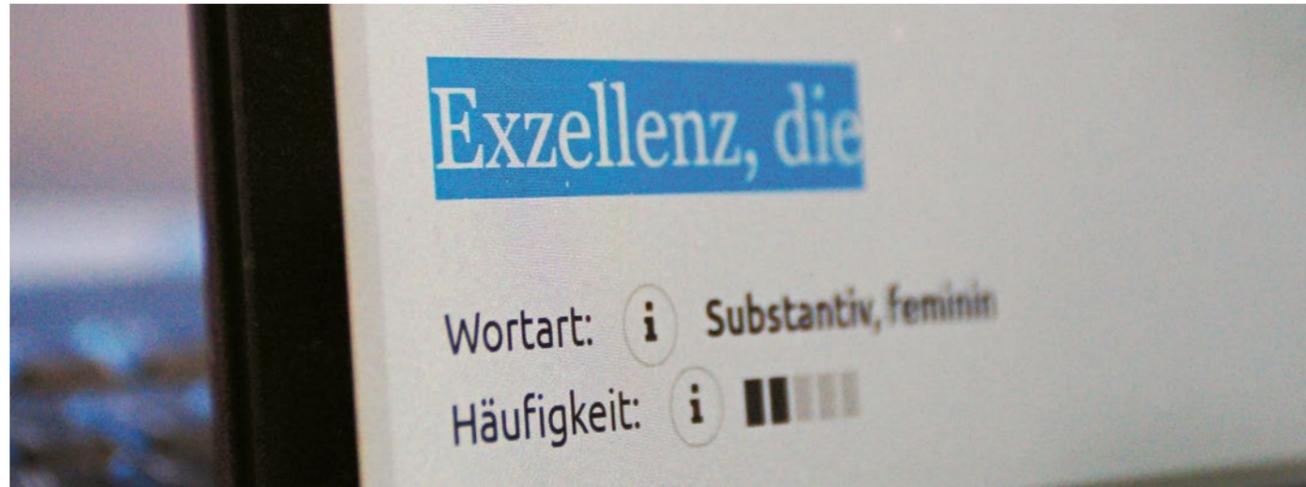
- [1] <https://heimatkunde.boell.de/2018/03/08/warum-frauen-fliehen-ursachen-bedingungen-und-politische-perspektiven>
- [2] Brot für die Welt, Fluchtursache Geschlecht; <https://www.brot-fuer-die-welt.de/themen/fluchtursachen/fluchtursache-geschlecht/>
- [3] <https://heimatkunde.boell.de/2018/03/08/warum-frauen-fliehen-ursachen-bedingungen-und-politische-perspektiven>
- [4] <http://www.spiegel.de/kultur/gesellschaft/fluechtlinge-warum-vor-alle-maenner-nach-deutschland-kommen-a-1051755.html>
- [5] Fluchtursache Geschlecht, Brot für die Welt, <https://www.brot-fuer-die-welt.de/themen/fluchtursachen/fluchtursache-geschlecht/>
- [6] <https://www.frauenrechte.de/online/themen-und-aktionen/weibliche-genitalverstueummelung2/unsere-engagement/aktivitaeten/genitalverstueummelung-in-afrika/fgm-in-afrika/1427-eritrea>
- [7] [http://forum-recht-online.de/wp/wp-content/uploads/2016/10/4.-FoR-1\\_16-Duyar\\_Frauenspezifische\\_Fluchtgruende.pdf](http://forum-recht-online.de/wp/wp-content/uploads/2016/10/4.-FoR-1_16-Duyar_Frauenspezifische_Fluchtgruende.pdf)
- [8] [http://forum-recht-online.de/wp/wp-content/uploads/2016/10/4.-FoR-1\\_16-Duyar\\_Frauenspezifische\\_Fluchtgruende.pdf](http://forum-recht-online.de/wp/wp-content/uploads/2016/10/4.-FoR-1_16-Duyar_Frauenspezifische_Fluchtgruende.pdf)
- [9] [http://forum-recht-online.de/wp/wp-content/uploads/2016/10/4.-FoR-1\\_16-Duyar\\_Frauenspezifische\\_Fluchtgruende.pdf](http://forum-recht-online.de/wp/wp-content/uploads/2016/10/4.-FoR-1_16-Duyar_Frauenspezifische_Fluchtgruende.pdf)



Ärzt\*innen und Student\*innen kämpfen mit einer Kampagne gegen weibliche Genitalverstümmelung im Sudan (Foto: UNAMID (CC BY-NC-ND 2.0) auf: <https://bit.ly/2lqT0lo>)

# Was heißt hier exzellent?

Wir fordern: Gute Bildung für alle statt exklusiver Eliteclubs!



Im Jahr 2000 einigten sich die europäischen Länder mit dem Lissabon-Programm auf verpflichtende Investitionen in ihre Bildungs- und Wissenschaftssysteme. Deutschland setzte sich das Ziel, die eigene Wissenschaft spitzenfähig und für den internationalen Wettbewerb bereit zu machen. Der Wissenschaftsstandort Deutschland sollte nachhaltig gestärkt und ausgebaut werden – zunächst einmal gute Ziele. Die Juso-Hochschulgruppen setzen sich seit jeher für eine bessere Finanzierung des Bildungssektors ein. Unserer Ansicht nach ist eine gute Bildung der Grundstein für eine gut funktionierende Gesellschaft. Zu dieser Bildung müssen dabei jedoch alle Zugang haben, egal wie der eigene finanzielle Hintergrund aussieht.

Anstatt in alle Wirtschaftsstandorte zu investieren und damit für faire Zugänge überall zu sorgen, entschied sich Deutschland jedoch dafür, einen exklusiven Club von Eliteuniversitäten zu schaffen. Die Exzellenzstrategie (damals Exzellenzinitiative) entstand. Auch in diesem Jahr bewirbt sich die Georg-August-Universität wieder auf die Fördergelder.

Kurz zum Aufbau: Die Exzellenzinitiative besteht aus verschiedenen Modellen. Zum einen gibt es geförderte Cluster, bei denen ca. 25 Wissenschaftler\*innen zu einem relevanten Thema forschen. Zu Beginn der Exzellenzstrategie wurden die so-

genannten Graduiertenschulen eingerichtet. Diese sollten der Ausbildung von Doktorand\*innen dienen. Diese Idee war zu kurz gedacht, tausende Doktorand\*innen wurden mit diesem Hintergrund an die Unis geholt, haben aber mangels Stellenangebote nie eine Stelle bekommen. Die Graduiertenschulen wurden daher wieder zur „3. Runde“ der Strategie eingestampft.

Zuletzt gibt es noch die Exzellenzuniversitäten. In dieser Liste finden sich die wenigen auserwählten Unis in Deutschland, die als Spitze, als Elite der Wissenschaft gelten sollen. Dabei haben aber nur jene Unis eine ernsthafte Chance, die seit Jahrzehnten etabliert sind und ohnehin ein gutes Standing beziehungsweise eine gute Finanzierung genießen. Neue Unis oder kleinere Hochschulen haben kaum Möglichkeiten, den Anforderungen ohne eine gesonderte Finanzierung zu erfüllen. Dies zeigt sich auch in der Verteilung der Mittel. In der „1. Runde“ der Exzellenzstrategie wurden gerade einmal drei Universitäten in ganz Deutschland gefördert und zwar mit jeweils 21 Millionen Euro pro Jahr! Anstatt das Geld in bestimmte Universitäten zu stecken, die finanzielle Unterstützung brauchen, bekamen die Renommierten noch mehr Geld.

Als Begründung für die Exzellenzinitiative werden verschiedene Argumente angeführt, die wir in diesem Artikel hinterfragen möchten.

Zum einen wird angeführt, dass die Forschung durch dieses System besonders gefördert und herausragend wird. Sicherlich ist es durch die gezielte Investition möglich, bestimmte Wissenschaftszweige besonders zu fördern. Was aber dabei passiert, ist, dass andere Forschungszweige marginalisiert werden. Vor allem werden durch die Strategie noch immer wirtschaftsrelevante Disziplinen gefördert. Ergo konzentrieren sich die Unis auf diese Bereiche, um sich anschließend mit ihren Forschungen zu bewerben. Dabei fallen unweigerlich andere Disziplinen (meist weniger wirtschaftsrelevante, dafür aber zum Beispiel gesellschaftsrelevante) hinten runter. Statt breiter Forschung stagniert die Forschung in vielen Bereichen und nur einzelne Zweige werden hervorgehoben. Es kommt zu einer Ökonomisierung der Forschungslandschaft, was unserer Meinung nach nichts mit einer hervorragenden Forschung zu tun hat. Einfältigkeit ist nicht der Schlüssel für eine Spitzenforschung.

Als zweites Argument wird immer wieder behauptet, auch für Studierende sei die Strategie ein Vorteil, da die Lehre besser werden würde. Wenn man sich die Umfragen anguckt, bei denen Studierende gefragt wurden, inwieweit der Exzellenzstatus ihrer Uni sich auf ihre Lernmöglichkeiten auswirkt, sind die Resultate weniger vielversprechend. Tatsächlich gibt es für Studierende kaum Veränderun-

gen. Gute Professor\*innen werden in die Forschung gezogen, die finanziellen Mittel erreichen die Studierenden kaum und an den Clustern können viel zu wenig Studierende partizipieren, als dass man von einer tatsächlichen Teilhabe sprechen könnte. Auch dieses Argument scheint daher wenig fundiert und für uns nicht haltbar.

Als letztes Hauptargument wird vorgebracht, dass sich durch die Strategie eine Elite unter den Universitäten herauskristallisiert. Ja, das stimmt dieses Mal tatsächlich. Aber ist das das Ziel von Wissenschaft? Dass nur die Unis, die ohnehin ausreichend an Mitteln verfügen und lange etabliert sind, überhaupt eine Chance haben, an die Fördermittel zu gelangen?

Wir müssen uns die Frage stellen, was Forschung in unserer Gesellschaft bedeutet und ob sie nicht vielmehr davon profitiert, je breitgefächerter sie ist. Erfüllt die Marginalisierung einiger Disziplinen und die Verschließung der Zugänge vieler Bereiche das Ziel des Lissabonner Programms, in dem es um die Investition in Bildung und Wissenschaft ging?

Erst kürzlich wurde das Kunsthistorische Institut Osnabrücks mangels finanzieller Mittel geschlossen. Damit gibt es nur noch ein einziges in ganz Niedersachsen. Das hier in Göttingen.

Wir brauchen dringend Investitionen in den Bildungs- und Wissenschaftssektor, allerdings an allen Standorten Deutschlands. Die Regierung darf sich nicht ihrer Verantwortung entziehen,

für eine genügend hohe Grundfinanzierung aller Universitäten zu sorgen. Bildung ist der Baustein einer gut funktionierenden Gesellschaft. Er darf weder nur von einigen wenigen getragen werden, noch sollte er spröde sein. Wir brauchen ein stabiles Fundament und müssen den Zugang allen ermöglichen. Daher fordern wir Schluss mit der Exzellenzstrategie und her mit tatsächlicher Grundfinanzierung!

**\*Nach Redaktionsschluss erreichte uns folgende Nachricht: Die Uni Göttingen konnte nur eines der angestrebten vier Cluster durchbringen – Der Staus als ‚Eliteuniversität‘ ist damit unerreichbar. Wir fordern deshalb umso mehr ein Umdenken aus diesem Scheitern und endlich eine Mittelvergabe, die die Bedürfnisse der Studierendenschaft einbezieht.**

## Studier doch, wie du willst!

Ein Plädoyer gegen die Ökonomisierung des Studiums

Auch wenn euch eure Modulhandbücher und Musterstundenpläne, die ihr gerade zusammenstellt, etwas anderes suggerieren: Es ist nichts falsch daran, sein Studium nicht in der Regelstudienzeit abzuschließen. Im Gegenteil: Es gibt sogar viele gute Gründe dafür, für einen Abschluss mehr als drei Jahre zu brauchen. Viele Studierende müssen sich selbst finanzieren und dafür nebenher arbeiten, müssen sich um die eigenen Eltern oder Kinder kümmern, oder sie wollen sich schlicht die Zeit nehmen, neben ihrem Studium noch andere Themen kennenzulernen, sich engagieren oder einfach ihre Zeit als Studierende genießen.

Doch Dinge wie Anwesenheitspflichten, verschulte Stundenpläne und ein gekürztes Bafög nach sechs Semestern erschweren all dies. Das Studium bleibt durch sie unflexibel und es ist Studierenden oft nicht möglich, die Seminare belegen zu können, die sie interessieren. Besonders hart treffen Regelstudienzeit und Anwesenheitspflichten dabei wiederum Studierende mit Kindern, Pflegeangehörigen oder Studierenden, die neben dem Studium arbeiten müssen. So wird es gerade denjenigen, die auf einen schnellen Abschluss und Bafög-Zahlungen



angewiesen sind, erst Recht schwer gemacht, nach sechs Semestern das Zeugnis in der Hand zu halten oder fertig zu werden, ohne sich zusätzlich zu verschulden.

Außerdem predigen einem insbesondere in Fächern, an deren Ende kein klares Berufsziel steht und die keinen klaren Karriereweg vorgezeichnet haben, Praktikum- und Berufsvorbereitungsstellen regelmäßig, man solle sich selbst profilieren, sich von der Menge der Mitbewerber\*innen abset-

zen. „Das Studium ist keine Berufsausbildung, die dir genau beibringt, was du in einer späteren Karriere tun musst. Du musst dir das selbst erarbeiten.“ So ein Selbstprofilierungs- und Selbstoptimierungswahn erschwert ein entspanntes Studium, das auch mal auf Dinge ausgerichtet ist, die einem vielleicht nicht für den Lebenslauf nützen, noch zusätzlich – am besten du machst in den „Ferien“ neben deinen drei Hausarbeiten noch zwei Praktika, um „dein

Profil zu schärfen“. Entspanntes Studium adé!

Tatsächlich ist es wichtig, eigene Interessen und Motivationen zu finden, einen eigenen Schwerpunkt in deinem Fach zu entdecken. Themen und Methoden zu finden, die dich interessieren und die dich ausmachen. Vielleicht kannst du dein Wissen auch mit anderen Fächerangeboten erweitern. Es ist wichtig, während des Studiums das lernen zu können, das du lernen möchtest. Und die Zeit dafür zu haben.

Die meisten der Studienanfänger\*innen beginnen schon mit 18 Jahren zu studieren. Viele haben am Anfang ihres Studiums noch keine Ahnung,

was sie später machen wollen, sondern müssen dies erst herausfinden – durch Seminare, Workshops, Initiativen, Engagement oder anderem. So ein Prozess braucht aber Zeit und die Möglichkeit, sich auszuprobieren und auch Themen in anderen Fächern kennenzulernen – Sachen, die man sich vielleicht nicht als Credits anrechnen lassen kann.

Diese Zeit und diesen Freiraum für dich selbst, dein Wissen und deine Interessen zu entwickeln und auch mal Fehler zu machen, wollen wir dir geben. Für uns sollte Studieren bedeuten, den ersten großen Freiraum zu haben, im Gegensatz zur Schule

mit ihren festen Lehrplänen. Wir wollen daher den Prozess der Verschulung nicht fortführen, sondern das Studium als eine Zeit der freien Entscheidung und der eigenen Entwicklung erhalten, d. h. auch die weiteren Rahmenbedingungen dafür stellen. Wir wollen, dass sich dieses Ideal in der Planung und Finanzierung von Studieninhalten widerspiegelt. Wir wollen, dass eine voll durchfinanzierte Universität eine Lehre anbietet, die es wert ist, sie so zu nennen. Auf dass das Studium zu der schönen Zeit wird, die mensch sich verspricht – und nicht zu einer bösen Erinnerung aus Stress, Schulden und Selbstoptimierung.

## **Komm zur Juso-Hochschulgruppe!**

Film + Diskussion: Asylland – 18. Oktober  
18 Uhr, ZHG 006

Einstiegsabend – 25. Oktober  
20 Uhr, Seminarraum 1 (EG) im AstA

Feminist Crafting - Beutel besprühen – 30. Oktober  
12 Uhr, Foyer des ZHG

Semester Opening Party – 02. November  
22 Uhr, Stilbrvch

Einstiegsabend – 08. November  
20 Uhr, Seminarraum 1 (EG) im AstA

Führung in der Z-Mensa - 12. November  
13:15 Uhr, Treffpunkt vor dem Eingang zum Mensa-Foyer

Einstiegsabend – 22. November  
20 Uhr, Seminarraum 1 (EG) im AstA

